

Deutschland-Wiesbaden: Entwicklung von branchenspezifischer Software
OJ S 126/2023 04/07/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: HA Hessen Agentur GmbH
Postanschrift: Konradinerallee 9
Ort: Wiesbaden
NUTS-Code: DE714 Wiesbaden, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 65189
Land: Deutschland
E-Mail: Beschaffung@Hessen-Agentur.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.hessen-agentur.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y226GMY/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y226GMY>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Baker Tilly Rechtsanwalts-gesellschaft mbH
Postanschrift: Saarlandstraße 23
Ort: Dortmund
NUTS-Code: DEA52 Dortmund, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 44139
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Dr. Christian Teuber
E-Mail: christian.teuber@bakertilly.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.bakertilly.de/services/rechtsberatung/vergaberecht.html>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Dienstleistungsgesellschaft des Landes Hessen

I.5. Haupttätigkeit(en)

Wirtschaft und Finanzen

Abschnitt II: Gegenstand**II.1. Umfang der Beschaffung****II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

HA Hessen Agentur GmbH - Bereitstellung und Einführung eines
Fördermittelmanagementtools inklusive Systemservice
Referenznummer der Bekanntmachung: 2023-V-0102

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

72212100 Entwicklung von branchenspezifischer Software

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Bereitstellung und Einführung eines Fördermittelmanagementtools inklusive Systemservice
(EVB-IT Cloudvertrag)

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

72200000 Softwareprogrammierung und -beratung, 72210000 Programmierung von
Softwarepaketen, 72212000 Programmierung von Anwendersoftware, 72240000
Systemanalyse und Programmierung, 72242000 Entwurfsmodellierung, 72243000
Programmierung, 72250000 Systemdienstleistungen und Unterstützungsdienste, 72253000
Help-Desk und Unterstützungsdienste, 72254000 Softwaretests, 72000000 IT-Dienste:
Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung, 48000000 Softwarepaket und
Informationssysteme, 48100000 Branchenspezifisches Softwarepaket

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE714 Wiesbaden, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: HA Hessen Agentur GmbH Konradinerallee 9 65189 Wiesbaden

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand der Ausschreibung ist ein EVB-IT-Cloud-Vertrag über die Lieferung und
Implementierung eines Fördermittel-Management-Systems wie in der Leistungsbeschreibung
und dem Anforderungskatalog beschrieben, nebst Systemserviceleistungen,
Schulungsleistungen, Weiterentwicklungen sowie Anpassung des Gesamtsystems nach
Abnahme. Hierin enthalten ist der Systemservice und Betrieb beim Auftragnehmer für 6 Jahre.
Der Zeitraum für die Herstellung der Betriebsbereitschaft inkl. vollständiger Umsetzung aller
Implementierungsleistungen (Installation, Konfiguration, Workflows) darf maximal 1 Jahr ab
Zuschlagserteilung betragen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Anforderungskatalog / Gewichtung: 40

Qualitätskriterium - Name: Konzept / Gewichtung: 12

Qualitätskriterium - Name: Bieterpräsentation / Gewichtung: 18

Preis - Gewichtung: 30

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7.

Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 72

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Eine Begrenzung der Anzahl der Bewerber nach § 51 VgV erfolgt nicht.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Vertragsbestandteile sind in der folgenden Reihen- und Rangfolge:

1. Leistungsbeschreibung und Anlagen in letztgültiger Fassung
2. Kriterienkataloge für Cloudleistungen:
 - 2a) Anforderungskatalog des Auftraggebers
 - 2b) Kriterienkatalog für Cloudleistungen (IT_Cloud_Kriterienkatalog)
3. Beantwortung der Konzeptabfrage in der Angebotsfassung des Auftragnehmers
4. Preisblatt in der Angebotsfassung des Auftragnehmers
5. Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (AVV) inklusive der technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOM) in der Angebotsfassung des Auftragnehmers, Vordruck 02-7
6. Ergänzende Vertragsbedingungen für Cloudleistungen (EVB-IT Cloud-AGB) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung (aktuell: Version 1.01 vom 01.03.2022) für alle Cloud-Leistungen,
7. Ergänzende Vertragsbedingungen für die Erstellung eines Gesamtsystems (EVB-IT System-AGB) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung (aktuell: Version 2.0 vom 19.09.2012) für alle Leistungen bis zur Abnahme des Gesamtsystems und alle Weiterentwicklungen nach Abnahme,
8. Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung,
9. Besondere Vertragsbedingungen (BVB) der staatlichen Behörden, Betriebe und Anstalten im Lande Hessen für die Ausführung von Lieferungen und Leistungen,
10. Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (ZVB-VOL/B) - ausgenommen Bauleistungen - Stand August 2016 *
11. Auftragnehmerseitigen AGB zu Art und Umfang der Cloudleistungen (bei Einbeziehung von AGB in das Bieterangebot).

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Soweit ihr Beruf erlaubnispflichtig ist, müssen Bewerber je nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem sie niedergelassen sind, entweder die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister dieses Staats nachweisen oder auf andere Weise die erlaubte Berufsausübung nachweisen (bei Bewerbergemeinschaften vorzulegen für jedes Mitglied). Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28. März 2014, S. 65) aufgeführt.

Der Nachweis der erlaubten Berufsausübung muss im Rahmen des Teilnahmeantrages als Scan der Originalurkunde oder Datei vorgelegt werden. § 50 VgV bleibt unberührt.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Bewerber sowie Mitglieder von Bewerbergemeinschaften müssen eine Erklärung über Gesamtumsatz und den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten drei Geschäftsjahre vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung abgeben, sofern entsprechende Angaben gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV verfügbar sind.

Die Erklärung muss im Rahmen des Teilnahmeantrages durch Eigenerklärung in Anlage 01 erfolgen. Bei Bewerbergemeinschaften ist Anlage 01 für jedes Mitglied gesondert vorzulegen. § 50 VgV bleibt unberührt.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Gesamtumsatz des Bewerbers bzw. aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft muss in den letzten drei Geschäftsjahren vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung jeweils pro Geschäftsjahr mindestens 1.000.000 Euro betragen haben.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Erforderlich ist die Angabe von geeigneten Referenzen der Bewerber / Mitglieder der Bewerbergemeinschaft über früher ausgeführte Aufträge in Form einer Liste der in den letzten höchstens drei Kalenderjahren vor Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung erbrachten wesentlichen Leistungen mit Angabe des Erbringungszeitraumes sowie des Empfängers (Referenzkunde mit bezeichnetem Ansprechpartner sowie dessen Telefonnummer oder E-Mail-Anschrift). Anonymisierte und / oder unvollständige Angaben zum Referenzempfänger sind nicht zulässig. Bitte beachten Sie, dass nicht vollständige Referenzangaben zwingend zur Nichtberücksichtigung dieser Referenz führen; Nachforderungen finden insoweit nicht statt. Ihre Referenzangaben müssen zum Zwecke des gebotenen Nachweises der geforderten Mindestbedingungen hinreichend aussagekräftig sein.

Die Angabe muss im Rahmen des Teilnahmeantrages durch Eigenerklärung auf dem in Anlage 01-2 erfolgen. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Vordruck 01-2 für jedes Mitglied gesondert vorzulegen. Soweit ein Bewerber bzw. eine Bewerbergemeinschaft mehr Referenzen angeben will als der Vordruck hierfür Felder vorsieht, kann der Vordruck vervielfältigt eingereicht werden. § 50 VgV bleibt unberührt.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Nachzuweisen sind mindestens drei geeignete Referenzen des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft. Eine Referenz kann ein, zwei oder auch alle drei der folgenden

Kriterien gleichzeitig abdecken, wobei jedes Kriterium durch mindestens drei Referenzen nachgewiesen werden muss:

Kriterium 1: Leistungsspektrum

- Erbringung von Leistungen mit gleichem oder höherem Leistungsspektrum der Unterstützung im digitalen Fördermittelmanagement (gesamter Lebenszyklus eines Förderprojekts von der Beantragung über die Durchführung und Abrechnung bis zum Projektabschluss)

Kriterium 2: Auftragswert

- Erbringung von Leistungen mit einem Auftragswert größer 100.000 Euro

Kriterium 3: Projektträger, die öffentliche Mittel administrieren

- Erbringung von Leistungen für Projektträger, die öffentliche Mittel im Rahmen von Förderprogrammen administrieren

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

1. Zum Nachweis, dass keine Ausschlussgründe vorliegen, ist von jedem Bewerber / Mitglied einer Bewerbergemeinschaft die Eigenerklärung Vergabesperre (Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB) gemäß Vordruck 01-3 und die Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG) gemäß Vordruck 01-3 abzugeben.

2. Zum Nachweis dessen, dass keine Sanktionstatbestände vorliegen, ist von jedem Bewerber / Mitglied einer Bewerbergemeinschaft die Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 gemäß Vordruck 01-9 abzugeben.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 31/07/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Im Rahmen des Teilnahmeantrags sind folgende Unterlagen vorzulegen:

01 HA_Teilnahmeantrag

01-1 Kontaktdaten des Bieters

01-2 Unternehmensreferenzen

01-3 Erklärung Vergabesperre

01-4 Verpflichtungserklärung §19 MiLoG

01-5 Erklärung Bewerber-Bietergemeinschaft (soweit relevant)

01-6 Eigenerklärung Nachunternehmereinsatz (soweit relevant)

01-7 Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (soweit relevant)

01-9 Eigenerklärung Russlandsanktionen

Handelsregisterauszug oder vergleichbare Erklärung

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y226GMY

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt

Postanschrift: Wilhelminenstraße 1-3

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151126-603

Fax: +49 611327648-534

Internet-Adresse: <https://rp-darmstadt.hessen.de/planung/%C3%B6ffentliches-auftragswesen/vergabekammer>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) 1Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. 2Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) 1Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht

innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

29/06/2023